

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Ercheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1,70 M., viertel. 5,10 M. Durch die Post monatlich 1,75 M., viertel. 5,25 M. ohne Postgebühr. Das Beleggeld wird von den Zeitungsabnehmern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-, Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Klostergasse 11. Fernruf Nr. 2515, 2516, 2517. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Der 12 mm breite Rubrikzettel 10 Pf., die 60 mm breite Reklamenzettel 2,50 M.; außerhalb: 60 Pf. bzw. 2 M. — Zeitungspreise u. Abont. u. Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 81

Mittwoch, 18. Februar 1920.

74. Jahrgang

Die neue Auslieferungsnote an Holland.

v. Paris, 17. Febr.

Die Antwort des Obersten Rates der Alliierten, die in der Frage der Auslieferung Wilhelms II. an Holland gerichtet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Mächte haben von der Antwort der holländischen Regierung auf ihre Note vom 15. Januar d. J. hinsichtlich der Auslieferung des deutschen Kaisers, Wilhelm von Hohenzollern, zwecks dessen Urteils nach Kenntnis genommen. Die von den Mächten während des Krieges im allgemeinen Interesse gebrachten unannehmbaren Opfer geben ihnen das Recht, die Niederlande zu bitten, auf ihre Begehrung zurückzukommen, die sich nicht auf annehmbare, aber ganz persönliche Erwägungen eines Staates, der im Krieges abseits stand und vielleicht nicht genau alle Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Stunde abwägt. Die Verpflichtungen der Mächte gegenüber ihren Völkern, die Tragweite der in Rede stehenden Fragen und die so schwerwiegende politische Verantwortlichkeit, die sich aus der Aufgabe der Rechtsforderung gegen den ehemaligen Kaiser ergeben würden, bestimmen die Mächte, ihre Forderung aufrechtzuerhalten und zu erneuern. Die Mächte verlangen von der holländischen Regierung nicht eine Preisgabe ihrer politischen Politik, sie glauben aber, daß die Natur ihres Gesuches, die nach ihrer Meinung nicht allein oder doch nicht zur Hauptlast von der internen Gesetzgebung der Niederlande abhängt, nicht genügend gewürdigt wurde. Es handelt sich um keine Frage des Rechts, und die Mächte können den Gefühlen der Gerechtigkeit ein Recht einräumen, ebenso viel Aufmerksamkeit wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte. Um jedoch den verantwortlichen Urheber des großen Krieges abzurufen, können sie nicht die Schaffung eines Obersten Gerichtes abwarten, das mit der Person eines internationalen Verbrechens befaßt wird. Gerade das in Aussicht genommene Urteil wird einem solchen Gerichtshof den Reiz haben. — Die Mächte wünschen ausdrücklich, daß der Völkerbund noch keiner solchen Grad der Entwicklung erreicht hat, daß es ihm oder irgendeinem der durch ihn ins Leben gerufenen Gremien möglich wäre, vollständige Genugtuung zu schaffen.

Würde die Regierung der holl. Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern, falls die Forderung aufrechtzuerhalten bleibt, nicht einen unheilvollen Präzedenzfall schaffen, der geeignet wäre, jedes Verfahren eines jeden internationalen Gerichtshofes gegen hochgradige Schuldner unmöglich zu machen? Die Regierung der Niederlande, sagt Wilson, muß das Auslieferungsgebot gegenüber dem Kaiser nur vom Standpunkt ihrer eigenen Politik ins Auge gefaßt haben, sie scheint dabei nicht in Erwägung zu ziehen, daß sie gemeinsam mit den alliierten Nationen die Pflicht hat, die Verhaftung der Verbrecher gegen das Völkerrecht sicherzustellen. Verbrechen, für die, wie in heute unfehlbarer Weise festgestellt ist, Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortlichkeit trifft. Die Note vom 15. Januar wurde überreicht im Namen von 25 alliierten Mächten, den Signatoren des Friedensvertrages, und gemeinsam mit ihnen ist der größte Teil der alliierten Nationen sich bewußt, daß es unannehmlich ist, die gemeinsame Kraft ihrer Forderung zu verkennen. Das ist nicht allein das Urteil derer, die so sehr gelitten haben, sondern auch der Ansicht der Gerechtigkeit. Sie kommt die holländische Regierung vergessen, daß es der Politik der von den Mächten zur Verurteilung verlangten Mannes zuzuschreiben ist, wenn nahezu 10 Millionen Menschen in der Wüste ihres Alters brutal dahingemordet wurden, wenn dreimal mehr Menschen schrecklich verkrüppelt oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, wenn Tausende von Invaliden mit allen industriellen Dringlichkeiten des bisher alliierten Bundes verwundet wurden, wenn die Kriegsschuld Summe von Milliarden übersteigt, und wenn alles das geschehen ist zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit, die Freiheit ihrer Kinder und der ganzen abendländischen Welt verteidigt haben! Das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker wurde erschüttert und ist noch gefährdet durch Hunger und das Elend, das eine furchtbare Folge des von Wilhelm dem Zweiten entfesselten Krieges ist. Die Alliierten können die Überraschung nicht verbergen, die sie empfunden haben, als sie in der holländischen Antwort nicht ein einziges Wort der Billigung für die durch den Kaiser begangenen Verbrechen fanden. Verbrechen, die die Urgefährde der Menschheit und der Zivilisation aufstachelten und deren unendliches Opfer vornehmlich auch viele holländische Staatsangehörige sind.

Es nimmt vollständig überein mit den Zielen des Völkerbundes, Beihilfe zu leisten bei der Verhaftung aller Verbrecher, für welche die Schuld nach den Worten von Grotius: sunt puniendi aut delandi aut amovendi (Buch 2 Kapitel 1. 2). Wie könnte man sich dem Eindruck einer reaktionären Grundabstimmung entziehen, die eine Folge der Belagerung Hollands waren; wie könnte man verkennen, welche gefährliche Störung eine jene erfahren, die sich der gerechten Verhaftung der Schuldigen und ihrer Verurteilung, welcher Gesellschaftsfrage sie auch anhängen, widersehen! Holland, dessen Geschick lange Kampfe um die Freiheit aufweist, und das um der Gerechtigkeit willen sehr schwer gelitten, hat sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten bekunden und sich damit außerhalb der ge-

meinschaft der Welt stellen. Zu den Pflichten, denen sich auch nationalen Gründen niemand entziehen kann, gehört es, daß man im Verein mit uns eine exemplarische Verurteilung der verantwortlichen Urheber der Schrecken des Krieges festsetzt und sich bemüht, die deutsche Nation zur Auffassung der Solidarität und Menschlichkeit zurückzuführen, da sie immer noch abgerit und auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die es offen ausspricht, daß Gewalt vor Recht geht und der Erfolg das Verbrechen heilige. Von diesem Gesichtspunkt aus und nicht ausschließlich vom nationalen Standpunkte aus haben die Mächte die holländische Regierung abgelehnt, ihnen Wilhelm von Hohenzollern auszuliefern, und erneuern heute dieses ihr Geleit.

Die Mächte möchten der Regierung der Niederlande in Erinnerung bringen, daß sie, falls sie darauf beharrt, sich um die Anwesenheit der holländischen Kamille auf holländischem Gebiet, so nahe an der Grenze nicht zu bekümmern, sowie direkt verantwortlich ist dafür, einen Verbrecher vor den Forderungen der Gerechtigkeit in Schutz zu nehmen, als auch verantwortlich für eine für Europa und die ganze Welt gefährliche Propaganda. Die holländische Anwesenheit des Kaisers unter durchwegs unwillkürlicher Kontrolle in geringer Entfernung von der deutschen Grenze, jedoch er der Mittelpunkt einer tätigen und wachsenden Anzahl vieler Heile, stellt für die Mächte, die für die Befreiung holländischer Gefangenen übermenschliche Opfer brachten, eine Bedrohung dar, die anzunehmen man nicht verlangen kann. Die Mächte haben die Mächte, Maßnahmen zu ergreifen, wie sie ihre eigene Sicherheit gebietet. Die Mächte können das peinliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung veranlassen würde, den Kaiser auszuliefern, ohne irgend eine Prüfung der Maßnahme, wie die Bedingungen Hollands in Einklang gebracht werden können mit wirksamen Maßnahmen, sei es an Ort und Stelle, sei es in Entfernung des Kaisers vom Schauplatz seiner Verbrechen, jedoch er gleichzeitig außer Stand gesetzt wäre, auf Deutschland künftig seinen unabhängigen Einfluß auszuüben. Obwohl diesem Vorschlag auf Seiten der Mächte nicht ganz entsprochen wurde, dürfte er doch Ananias geben von jenem Gefühl, dem sich Holland unabweislich entziehen kann. Die Mächte machen in der feierlichen und dringlichen Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Frage beimeßen. Sie wünschen zu versichern zu geben, wie ernst die Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, die Forderungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas gebietet.

Uebergabe des Memeler Gebiets.

v. Berlin, 16. Febr.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ berichtet aus Memel, daß gestern im Rathsaal die feierliche Uebergabe des Memeler Gebietes durch den Reichskommissar, General Lombard an den Oberkommissar der Entente General Dorn erfolgte. Der General teilte mit, daß der geschäftsführende Präsident für das Memeler Gebiet mit seinem Vorstehenden Bürgermeister Meyers bis auf weiteres die Geschäfte weiterführen könne, während die Übergabe in den Händen des Oberkommissars General Dorn verbleibe. Die Truppen hatten auf dem Wege vor dem Nationaldenkmal Aufstellung genommen. Nach der Uebernahme wurde eine Parade über sie abgehalten.

Hilfe für die aus Elß-Lothringen Ausgewiesenen.

v. Freiburg (Breisgau), 16. Febr.

Der Vorstand der Landsgruppe Baden des Hilfsbundes der vertriebenen Elß-Lothringer, der 25 Ortsgruppen in Baden mit mehr als 40.000 Mitgliedern vertritt, ersucht in einem Schreiben an die Minister Dr. Gehler, Koch und Erzberger, daß das Reichsministerium für Vertriebenenangelegenheiten einer Anschaffung der früheren lothringischen Schwerindustrie 50 Millionen zur Verfügung gestellt hat, während für die weit über 100.000 anderen Vertriebenen die sich am nächsten Teil in dringender Not befinden, bisher keine Mittel zur Fortschaffung vorhanden waren und bis heute nicht bereit seien. Die vom Reichsministerium zum Wiederaufbau von zerstörten Dörfern und kleineren Orten einer Fortschaffung des Hilfsbundes der Elß-Lothringer in Reich zur Verfügung gestellten 10 Millionen Mark seien so gering, daß sie bei weitem nicht ausreichen. Dazu komme, daß das Reichsministerium die zur Unterstützung von Vertriebenen erbetenen Mittel für die Vertriebenen abgelehnt habe.

Die Adria'rise.

v. Amsterdam, 16. Febr.

Die „Morning Post“ berichtet, daß die amerikanische Note, in der gegen die von der holländischen Regierung vorgeschlagene Regelung der Adriatischen Verhältnisse, am Samstag wie eine Bombe in die Kanäle der Alliierten eingeschlagen habe. Die Note ist von Amerika am Tag seines Abdrucks unterzeichnet worden. Sie erregte natürlich großes Aufsehen, weil dadurch ein wenig Unterschied zwischen dem von Lord Balfour, Clemenceau und dem amerikanischen Gesandten in London unterzeichneten am 9. Dezember v. J. an Scialoja über-

sandten Memorandum und dem Komoroni vom 20. Januar besteht, dem sich Wilson nicht widersetzt.

Auffällig ist es, daß die „Times“ eine andere Haltung einnimmt. Das Londoner Blatt erklärt, daß die amerikanische Note, daß Präsident Wilson im wesentlichen Recht habe. Dieses Blatt betrachtet die Mitarbeit der Vereinigten Staaten an der Neuordnung der durch die Konferenz noch nicht gelösten Fragen. Dasselbe ist zwar an der Wiederherstellung der Ordnung nicht unbedingt notwendig, aber diese Mitarbeit Amerikas wäre im Interesse Europas und der ganzen Menschheit von höchstem Interesse.

Eine italienische Erklärung.

v. Mailand, 15. Febr.

Der Mailänder Berichterstatter des „Corriere della Sera“ berichtet, daß bevor der amerikanische Botschafter in London die Note Wilsons überreichte, Ritti eine Erklärung folgenden Inhalts abgegeben habe: Falls die Anwendung des Londoner Paktes verlangt werden sollte, würde der Ministerpräsident vorschlagen, aus Dalmatien einen selbstständigen Staat unter dem einfachen Mandat Italiens zu bilden unter Aufsichtnahme der Besatzungstruppen, in welchem der Bevölkerung volle Freiheit eingeräumt würde, sich nach ihrem freien Willen zu regieren. Der Berichterstatter fügt bei, daß diese Erklärung einen Beweis für die völlige Konstatierung Italiens bildet; ebenso entkräftet sie die Ankündigung der Unterdrückung von Bevölkerungen, wie sie in der Note Wilsons enthalten sei.

Die Antwort an Wilson.

v. Paris, 17. Febr. (Sond.)

Nach dem Berichterstatter des „Journal“ in London wird offiziell verlautbart, daß der Text der Antwort des Obersten Rates an Wilson noch nicht endgültig festgestellt worden ist, und daß es möglich ist, daß das Dokument heute noch nicht unterzeichnet und versandt wird.

Wilson und Lansing.

v. London, 16. Febr.

„Daily News“ meldet aus New-York über die Differenzen zwischen Lansing und Wilson u. a. Lansing habe erklärt, daß der Völkerbund ausschließlich ein internationaler Gerichtshof sein soll, und habe sich aus juristisch-technischen Gründen der beabsichtigten Abschaffung des Kaisers widersetzt. Auch sei er gegen die Uebernahme des Mandates über die Türkei durch die Vereinigten Staaten.

v. Amsterdam, 17. Febr.

Der „New York Herald“ schreibt aus New-York: Die Behauptung von milderer Art Annahme von amerikanischen Verträgen, die Wilson gegen Lansing erhoben hat, ist ohne Beispiel in der Geschichte irgend eines Staatsdepartements. Das Volk will alle Beleidigungen wissen, die dieses ungewöhnliche Auftreten des Präsidenten erklären können.

„Evening Post“ erklärt: Wir können es nicht begreifen, daß ein Mann so beschränkt wird, der das Schiff in Fahrt gehalten hat, als der Kapitän krank war.

Auch die meisten anderen amerikanischen Blätter verurteilen die Haltung Wilsons.

Die kommende Folge.

v. Washington, 16. Febr.

Die unmittelbare Folge der Unannehmlichkeit Wilsons Lansing wird wahrscheinlich die sein, daß jede Aussicht auf die Ratifikation des Friedensvertrages gescheitert ist. Ermittelt durch die neue Antimilitarische, haben die Anhänger des Senators Lodge am Samstag die Antiräte des Senators Hughes vernommen, von denen man erwartet hatte, sie würden zur schnellen Ratifikation überreden. Nun ist man so weit, wie man im November war.

Der Feldzug der Bolschewiken.

v. Amsterdam, 16. Febr.

Der Moskauer Berichterstatter der „Times“ hatte eine Unterredung mit General Bilinski. Der General behauptet, es sei sehr wahrscheinlich, daß die holländische Armee eine Offensive gegen Polen plane. Sie verfolge das Ziel ihre Streitkräfte und bereitete sich zum Angriff vor. Der General erklärte jedoch, man könne nicht behaupten, daß die Bolschewiken seien. Es sei ausgeschlossen, daß Polen in diesem Kampf unterliege, selbst wenn es den Bolschewiken gelänge, einen militärischen Erfolg zu erzielen.

v. Amsterdam, 17. Febr.

Der Konstantinopeler Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, daß alle Fremden auf der Halbinsel in Sicherheit an Bord der alliierten Schiffe geflohen seien.

v. Amsterdam, 16. Febr.

Den alliierten Blättern zufolge belagert der Armeegeneral der Bolschewiken vom 12. Februar: Die Polen Armen schenken ihren Vorkämpfern gegen die Bolschewiken. Sie sind noch 150 bis 200 Meilen von der Stadt entfernt.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 18. Februar.

Kohlenhöfpreise. Im Angelegenheit dieser Ausgabe erscheint eine neue Magistratsverordnung über die rückwirkend vom 1. Febr. d. J. ab geltenden Kohlenpreise. Für die Kohlenhändler sind, und zwar mit Wirkung ebenfalls vom 1. Febr. d. J. ab, durch das Kohlenkontor und das Braunkohlenland die Einkaufspreise wesentlich erhöht worden. Infolgedessen mußten durch Magistratsbeschlüsse auch die Verkaufspreise der Kohlenhändler an ihre Kunden entsprechend erhöht werden. Dem Magistratsbeschlusse ging außerdem eine Prüfung der Unterlagen der Kohlenhändler durch die Stadt-Preisprüfstelle voraus. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Magistratsverordnung.

Militärrenten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Militärrentenempfänger (Offiziere, Witwen und Invaliden), die ihre bei der Post zahlbaren Militärbezüge auf eine Bank überweisen lassen, die Monatsauszahlung für März sowie die amtlich beglaubigte Lebensversicherung vom 1. Febr. ab bei der Rentenstelle des Postamts (Niederstr.) abgeben müssen. Erst nach Belieferung dieser Bescheinigungen kann die Überweisung auf die Bank erfolgen.

Für die Abstimmungsberechtigten Schlesens, Ost- und Westpreußens dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, daß die Geschäftsstelle des Deutschen Stimmrechtsvereins, Berlin W. 62, Bayreutherstr. 13, die Vermittlung mit den örtlichen Behörden übernimmt. Wer sich bisher noch nicht für die Abstimmung gemeldet hat, wird gut tun, sich möglichst umgehend an die oben angegebene Adresse zu wenden und von dort aus mit den notwendigen Nachrichten zu versehen.

Die Mietertagung am Sonntag hatte Vertreter aus Wiesbaden, Biedrich, Bredenheim, Elbingen, Frankfurt a. M., Gelsenheim, Griesheim, Hofheim, Hochheim, Homburg v. d. S., Koppensheim, Limburg und Sonnenberg, sowie Interessenten aus Mainz und Umgebung nach Wiesbaden geführt. In der Versammlung begrüßte zunächst der Vorsitzende des hiesigen Mietervereins, Herr Direktor Abt, die Teilnehmer und machte mit dem Zweck der Tagung bekannt. Die Mieterorganisation habe einen ruhigen Ausgleich mit dem Hausbesitz, habe aber die Aufgabe, ihre gerechten Forderungen mit aller Schärfe durchzusetzen, wenn sie auf Widerstand stoße. Eine weitere Aufgabe sei, mit Regierung, Gemeinden, Hausbesitz, Handwerkern und Arbeitern zusammen die Frage der Wohnungsbeschaffung zu lösen und die Wohnungsnot zu beseitigen. In diesem Sinne erwarte er von der Tagung ein erfrischendes Ergebnis zum Wohle des Vaterlandes und der Familien. — Einleitend Dr. Meyer hielt sodann einen Vortrag über die Notwendigkeit der Mieterorganisation. Den einzelnen Mietervereinen sei mangelnde Freiheit zu lassen; in großen gemeinsamen Fragen müsse man aber zusammenstehen. Sache der großen Verbände sei es, einzuwirken auf die reichs- und landesgesetzliche Regelung der schwebenden Fragen. Wenn in der Mieterorganisation bisher noch nicht die gewünschten Fortschritte erzielt worden seien, so läge es daran, daß es an organisatorischen Talenten gefehle habe. Hier in Wiesbaden sei es lediglich der unermüdeten Tätigkeit des Herrn Direktors Abt zu danken, daß die Organisation so weit gekommen sei. Der Redner ging darauf näher auf die Aufgaben der Mietervereine ein; als da sind: Bildung von Mieterausschüssen, um die Wünsche der Mieter kennen zu lernen und nachdrücklich zu vertreten. Erzielung wirtschaftlicher Vorteile (Verbittung der Prämien, Abnahme der Feuerversicherungen usw.), Rechtsberatung, zwecks Arbeitsbeschaffung der Mietervereinsmitglieder, Ausbildung von Leuten zur Wohnungsaufsicht, Aufstellung von Richtlinien zum weiteren Ausbau und zur Handhabung des Wohnungsgesetzes usw. Die Rede fand starken Beifall. Eine lebhafte Aussprache behandelte die Frage, ob man den Verband nur auf den Regierungsbezirk Wiesbaden beschränken oder auf weitere Gebiete (Hessen-Rassel, Hessen-Darmstadt) ausdehnen solle. Man einigte sich dahin, den Verband zunächst für den Regierungsbezirk Wiesbaden zu bilden mit der Absicht, ihn auf weitere Gebiete zu erweitern, wenn die dort bestehenden Organisationen zum Anschluß gewillt sind oder wenn das Bedürfnis zur Bildung eines Provinzialverbandes sich geltend macht. Es wurde darauf eine Organisationskommission gebildet, die sich mit der Satzungsberatung usw. zu befassen hat. Ebenso wurden die Ausschüsse aufgenommen, die in besonderer Sitzung über Mieterfragen, Mietvereinsämter, Wohnungsfragen zu beraten hatten. Den Abschluß der Vormittagssitzung bildete ein Vortrag des Regierungsbau-sekretärs Lange über „Entwicklung des Wohnungswesens und neue Aufgaben“. Er zeigte, wie die Wohnungsfrage eng mit der Bodenfrage zusammenhängt, enthält viele

bemerkenswerte Einzelheiten und fand lebhaften Anerkennung. In der Nachmittagssitzung sprach noch Stadtkämmerer Dr. Meyer über „Mieterfragen“ und Dr. Horst Abt über die „Möglichkeit des Bauens“ sowie über „Baukultur“, die mit Hilfe der Regierung durchgeführt werden sollen. Herr Schmahl aus Limburg gab eine statistische Übersicht über den Umfang der Miethelgerungen. Als Vorstand des Verbandes wurde der Vorstand des Mietervereins Wiesbaden bestimmt bis auf die Weisheit, die von den auswärtigen Vereinen gestellt werden und noch gewählt werden müssen. Damit ist auf der Wiesbadener Tagung der Mieterverbundverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden gegründet worden.

Engeum II Voseplatz. Donnerstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, findet in der Aula der zweiten Etageabend für die Elternkinder statt.

Diebstähle. In der Nacht zum Montag wurde in eine Schuhmacherwerkstätte in der Dohrmerstraße eingebrochen und daraus folgende Sachen gestohlen: Sechszehn verschiedene Damenhandschuhe und Handschuhe, darunter ein Paar hohe amerikanische Damenschuhhandschuhe aus rotbraunem Leder, ein Stiefel Sohlenleder, etwa 120 Zentimeter lang, 60 Zentimeter breit, ein Paar Schuhe aus Leder, Größe 38, ein Duonum Schuhleder und Schuhleder im Gesamtwert von 3500 M. Der Diebstahl ist ein kleiner Handwerker, der lange im Felde war und durch den Verlust schwer geschädigt ist. — Zum Raub der Straßenbahnverwaltung wurden in der letzten Zeit mehrere Schienenverbinder aus 11 Millimeter hartem gezogenem Kupferdraht entwendet. Vor Ankauf wird gewarnt.

Standesamt-Nachrichten vom 17. Februar. Sterbefälle. Am 14. Febr. Katharina Frieda Bröning, 20 Jahre; Privatier, Julius Febr. 55 Jahre; Ehefrau Margarete Febr. geb. Riehl, 56 Jahre. Am 15. Febr. Kind Marie Paul Febr. 1 Monat. Am 16. Febr. Rentnerin Minna Robert, 60 Jahre.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Residenz-Theater. Der große Erfolg, den Max Haas in der Partie des „Lieben Augustin“ erzielte, veranlaßte die Direktion, den beliebtesten Künstler auch für die am Freitag stattfindende Wiederholung der Operette zu verpflichten.

Entfesselter Abend! Am Samstag, den 21. Februar, findet im großen Saale des Städtischen ein lustiger Abend statt. Die Leitung des Abends liegt in den Händen von Herrn Dr. Hermann. Mitwirkende sind neben ihm Maria Kommer, Fritz Raudrit, Arthur Rother und Gustav Jacob. Ein glänzendes, heiteres Programm ist aufgestellt. Der Vorverkauf beginnt Mittwoch vormittag im Rhein. Theater- und Konzertbüro und in den Musikalienhandlungen Franz Schellenders Kirchstraße, A. Stöpler Albenstraße.

Konzert von Gertrud Geyersbach und Joseph Sziget.

Schon drohen auch diesmal wieder die letzten Verführerlichkeiten, da erschien noch gerade rechtzeitig der berühmte ungarische Geiger, und so konnte denn auch ohne Veränderung das ganze versprochene Programm durchgeführt werden. Mit einer wundervollen Jungferntanz sang zunächst Fräulein Geyersbach die Arie der Gräfin „Rur au held“ aus „Hugaro“, um dann in Schumanns Liebeslied „Frauenliebe und Leben“ die Dichtungen Schumanns, die als solche vielleicht etwas gar zu empfindsam wirken könnten, zu rührendsten Seelenstimmen zu erklären. Unvergessen besonders die tiefe Schwermut des letzten Gesanges mit dem Nachspiel voll heiliger Erinnerung Dantes „Raffin maggior dolore“! Gerlich dann die Scherzstücke mit den beiden Zugaben „Ich höre ein Vögelchen rauschen“ und „Hilf mir die Aufforderung“, hier wie im Orchester ein in der Spinnweb eine glühende Leidenschaftlichkeit, die im Konzertsaal fast beängstigend wirken konnte. Das war die Margarete des Urfaust, die ihr heisses, sinnliches Fühlen noch ganz rühmlich offenbart. Aber das Lied hätte nicht wiederholt werden dürfen; was das erste Mal Erlebnis war, fühlte man dann nur als Kunst, wenn auch Kunst im höchsten Sinne. Wenn wir es nicht schon längst wüßten, so hätte dieser Konzertabend es uns bewiesen, daß Gertrud Geyersbachs Kunst uns ganz Großes bedeutet.

Joseph Sziget begann mit Handels-Dur-Sonate, eine wunderbar leichte, selbst dem Dilettanten zugängliche Aufgabe, aber mit welcher Größe des Stils, welcher edler Vielschichtigkeit! So sonor und mächtig erklang das Instrument, als habe in ihm ein ganzes Orchester, und dann doch wieder, wie weich und zart erklang der Gesang des langsamen Satzes. Im Scherzstück Rondo gab es auch eine reiche Fülle von glänzenden Passagenwerk zu bewundern, das freilich hier die Virtuosität etwas überwuchert und in seiner Ausdehnung ermüden könnte, wäre es nicht so ganz leichtes, aber anderen Virtuosität selbst geworden. Eine Reihe von Einzelstücken mit zwei Zugaben, alles Musik in ältester Stille, beschloß den interessanten Abend. Der immer wieder sich erneuernde Reiz der zahlreich erschienenen Hörer war kaum zu überbieten.

Aus den Vororten.

Dohheim.

Gemeindevertreterversammlung. In der letzten Sitzung stand u. a. die Brennholzfrage wieder zur Beratung. Jeder Haushaltung sollen 1/2 Klafter Holz und 50 Sten zugewiesen werden. Dazu reicht jedoch die Holzmenge aus dem hiesigen Gemeindegeld nicht aus; das fehlende Holz liefert der Staat, aber zu dem Preise von 200 Mark für Scheitholz, 150 Mark für Kippelholz und 60 Mark für 100 Sten, also mehr als dreimal so teuer, als der für das hiesige Holz festgesetzte Preis, so daß also die Gemeinde noch viel Geld zulegen müßte. Da die Sache noch der Aufklärung und Beratung bedarf, wurde sie noch einmal vertagt. Der Zuschuß für die gewerbliche Fortbildungsschule wird von 1000 auf 2000 Mark erhöht, unter der Bedingung, daß der bei erhöhtem Staatszuschuß sich ergebende überschüssige Betrag der Gemeinde zugute kommt. Die Erhebung der Rektoratsamtszulage auf 1600 Mark wurde von der Regierung beantragt. Auch der Rektor der Mädchenschule hatte sie abgelehnt, trotzdem blieb die Vertagung auf ihrem früheren Beschlusse bestehen. Sie überläßt es dem Rektor, seinen Anteil, wie er vorzuschlagen hat, für andere Bedürfnisse der Mädchenschule zu verwenden.

Erbenheim.

Die hiesige Deduktion hat ihren Betrieb wieder aufgenommen. Drei hervorragende Kattun-Buchdrucke edlerer Abmahlung sind aufgestellt. Das Ded- und Fokken-geld beträgt für Mitglieder 100 M., bezw. 125 M. und für Nichtmitglieder 150 bezw. 175 M. Verwalter der Densifikation ist Land- und Gastwirt Heinrich Merten.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

* **Idstein, 15. Febr.** Deutsche Volkspartei. In einem gewaltigen Erfolg für die Deutsche Volkspartei gipfelte sich die am Sonntagmittag unter dem Vorsitz des Herrn Direktors Schwenk im Saale des Gasthauses „Löwen“ abgehaltene öffentliche Versammlung. In großangelegter, bedeutungsvoller, mit warmer Beteiligung vorgetragener Rede besprach der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Herr Dr. W. A. Kalle-Wiebrich die allgemeinen, politischen und wirtschaftlichen Not- und Sorgen des deutschen Volkes. Er zeichnete mit klaren Worten den durch die Revolution herbeigeführten katastrophalen Zusammenbruch unserer Wirtschaft und zeigte die Wege, die die Deutsche Volkspartei in ihrem Programm für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Volkes angibt. Der Friedensvertrag, die Ernährungspolitik und unsere Wirtschaft, das seien die drei Grundprobleme unserer gesamten inneren und äußeren Politik. Und die Lösung dieser schweren und vorliegenden Fragen bedinge den Zusammenfluß aller Schichten der Bevölkerung, die sich entschlossen sind, etwas Neues aus dem Chaos wieder aufzubauen. Parteipolitik und Parteistreitigkeiten müßten schweigen, wo es um die Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes gehe. Ausführliche Ergänzungen fand die mit einmütigem und hartem Beifall aufgenommene Rede Kalle durch längere Ausführungen der Herren W. Feud und C. Anding.

* **Gelsenheim, 16. Febr.** Das Spielen mit Munition. Hier ereignete sich durch Spielen mit einer Sprengkapsel ein schreckliches Unfall. Einige schlafsuchtge Kinder hatten sich eine Sprengkapsel verschafft, die sie zur Entzündung bringen wollten. Durch die Sprengkraft wurden zwei Knaben sehr gefährlich am Kopf verletzt. Einer der Knaben wurde nach Wiesbaden in die Augenklinik gebracht, da die Augen hart in Mitleidenschaft gezogen waren.

Ht. Frankfurt a. M., 15. Febr. Ausländische Silberkrieche. Zwei Galizier und eine Frauensperson wurden Samstag nachmittag, als sie den Schnellzug nach Saarbrücken bestiegen, von Polizeibeamten angehalten, da sie gar zu schwer an drei Handtaschen schliefen. Die Taschen waren bis unter die Bügel mit deutschem Silbergeld, sein säuberlich eingepackt, gefüllt, insgesamt etwa 14 500 M. Unter dem Geld befanden sich auffallend viel Kautschukstücke und Aufklebungen. Die galizischen Hinfänger, die verhaftet wurden und in Paris ihren Wohnsitz haben, wollten sich nur zufällig getroffen haben, entspannten sich aber schließlich als Schwäger. Das Silbergeld wurde der Reichsbank zugeführt. — An der Konstablerwache faßte ein Kriminalbeamter einen Galizier ab, der 4000 M. Silbergeld verschleppen wollte.

* **Arrenau, 16. Febr.** Die Hochwassererschäden begiffen sich nach Abschätzung des städtischen Finanzamts auf über 3 Millionen Mark. U. a. betrafen die Schäden der Straßen 41 000 M., am Elber und Großenbach 10 000 M., an Brücken 208 000 M., am Mühlenteich 75 000 M., Roseninsel 85 000 M., an Gebäuden 130 000 M., am Gaswerk 34 000 M., am Schlachthof 12 000 M., an den Solinen über 1 Million Mark, an den Kuranlagen 678 000 Mark u. a. m. Hieran kommen noch die Schäden, die die Privatleute durch die Ueberschwemmung erlitten haben.

Sordernde Liebe.

Von Erich Ebenstein.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Nur nicht so nicht, was es mich gekostet hat, diese selbstverständlichen Dinge durchzuführen!“ schloß die Hofrätin feinsinnig. „Wenn es nach Papa gegangen wäre, bestünde heute unser ganzer Verkehr in ein paar trockenen Gelehrten, wir leben wie in einem Kloster, wüßten nichts von der Welt draußen und ihr hättet bis an euer Lebende vergeblich nach Männern ausschauen können, wie es ja vielleicht eurer jüngsten Schwester noch beschieden sein wird, wenn sie nicht endlich Verstand annimmt!“

Ein zweiter Seufzer und ein vielsagender Blick nach der Fernsicht, wo ein goldblonder Mädchenkopf über eine Handarbeit neigte, war, beendete die letzten Worte.

„Ist die Herrin Werner schon ein wenig vergessener, riefte die Hofrätin an ihre Mutter heran.“

„Nun, sie den Baron Thalmann immer noch nicht?“ fragte sie letzte.

„Ich weiß es nicht. Wera ist ein so sonderbares Weib — sie hat so viel von Papa!“ antwortete die Hofrätin ebenso leise. „Thalmann ist doch ein netter Mensch und eine so glänzende Partie! Seine Mutter sah es auch gerne, wenn er Wera heiratete. Eigensinnig und verschlossen, macht sie es genau wie ihr Vater all die Jahre her, wenn er seinen Willen nicht durchsetzen konnte: sie vermeidet offenen Streit und geht ihre eigenen Wege. Euer Vater hat mich nie in Gesellschaften, Theater oder Konzerte begleitet, hat sich weder um eure Erziehung gekümmert — nachdem ich ihm erklärte, daß er davon nichts verstände, und sich da meinen Prinzipien fügen müsse, er hatte nie unseren Gärten gegenüber den lebenswichtigen Hausknecht angestellt, sondern gewöhnliche, seine ganze Zeit drüber im Institut zu verbringen. Wera, der kein Laboratorium zur Verfügung steht. Sie sich mir wenigstens in den Hausknecht fügen muß, bemüht dafür jede Gelegenheit, ihre Zeit bei General Meisters zu ver-

bringen, dort hilft sie der ersten Generalin Kochen, schmücken und Gott weiß, was noch!“

„Komisch! Was sie nur an den beiden alten langweiligen Menschen findet?“

„Das möchte ich auch wissen! Aber sie ist ganz verrückt in die Leute, wollte ja auch mich und Papa dort mitnehmen! Papa ist auch wirklich gegen Abend manchmal auf ein Plauderhändchen mit ihr hingekommen — natürlich, denn das sind ja so Leute nach seinem Geschmack. Einfach, natürlich und geradeheraus.“ wie er sagt. — Ich machte nur der Form halber Nach. Da Wera nun doch einmal dort verkehrt, habe ich aber für weitere Intimität mit diesen — sehr einfachen Leuten besorgt. Ich denke, sie fühlen es ebenso genau wie ich, daß wir gar nicht zueinander passen.“

Die Hofrätin schwieg. „Ist die Hofrätin Daniela scherzend an: „Nein, kleine, und was ist denn mit dir? Du siehst ja aus als hätten dir die Knie die Butter vom Brot abgerieben! Auch gekostet hast du mich den Herzallerliebsten?“

Daniela lachte bitter vor sich hin und schwieg. Dafür berichtete die Hofrätin desto ausführlicher.

„Es ist mir doppelt unangenehm der Thalmanns wegen.“ sagte sie zum Schluß. „Sie halten so viel auf die Defekt, und die Baronin macht sich so nützlich eine Bemerkung über deine Ehe. Na, aus der ich leider schloß, daß deine Differenzen mit Wera bereits bemerkt werden. Was sollen Thalmanns nun denken, wenn auch Danielas Ehe eine so unglückliche Wendung nimmt! Ob du nicht doch aus Mangel an einem einsamen Stille, mein armes Kind?“ wandte sie sich an Daniela.

„Ach! Einlecken? Ich möchte mich viel lieber scheiden lassen!“ rief die junge Frau heftig heraus.

Ist die Hofrätin.

„Ganz meine Meinung. Nur nicht nachgeben! Dann ist man verloren!“

Die Hofrätin erwiderte nun doch ernstlich.

„Aber Kinder, was fällt euch ein! Von Scheidung sollte

eine untergeordnete Frau doch nicht einmal sprechen! Es wird sich ja alles wieder bessern lassen. Gehen wir einsehen, daß er im Unrecht ist. Und dann bedenk, Daniela, er ist doch doch eine gute Partie! In ein paar Jahren ist er Universitätsprofessor, und der Ruf an eine Klinik ist ihm so gut wie sicher bei seiner Begabung.“

„Daran liegt mir nichts. Ich will, daß er mich liebt und glücklich macht!“ antwortete Daniela eigeninnig.

„Ach, Glück, liebes Kind! Das kommt uns Frauen nicht durch den Mann. Sieh dich doch um im Leben! Ich es nicht ab-rall so: Sie begehren uns, und wenn sie uns erobert haben, werden wir Nebenbuhler für sie.“

Sie wurde in unerwarteter Weise durch ihre jüngste Tochter unterbrochen, die sich plötzlich erhoben hatte und heftig sagte: „Sag doch Daniela nicht solche Dinge, Mama, die gar nicht wahr sind! Warum beharrst du sie denn nur immer noch in ihrem Groll gegen Papa, anstatt ihr klar zu machen, daß niemand anders an dem Verwundnen schuld ist, als sie selbst?“

Wera's weichenblauen Augen, die einen so hübschen Kontrast zu dem goldblonden Haar und dem Rosenblüten-teint ihres Gesichts bildeten, blinnten unwillig.

Ehe die Hofrätin antworten konnte, fuhr Daniela auf: „Wieso bin ich schuld? Wie kann du mir das nur sagen, Wera! Wo ist Papa so rasend lieb!“

„Nein, du liebst ihn gar nicht.“ fuhr Wera trocken fort. „Sonn müdest du bereuen, daß ein Mann, wie er, bei seinem schweren Beruf wahrlich andere Dinge im Kopf hat, als das alberne, verliebte Getue, das du von ihm forderst! Aber du bist nicht besser als Helene. Welche Bist du ihr auch ein, daß die Liebe eurer Männer ein Freibrief ist, der all euren Launen blinden Gehorsam verschaffen soll!“

„Es ist abscheulich, wie du mit mir sprichst!“ rief Daniela, in Tränen ausbrechend. „Wo ich ohnehin schon so unglücklich bin!“

(Fortsetzung folgt.)

Gesellschaftliche Mitteilungen.

Die Versteigerung beginnt vormittags 10 Uhr.
Bürgermeister Sauerborn. (30)

